

EU-Nachrichten

 04
2018

KURZ & KNAPP

Westbalkan

Juncker ermuntert zu weiteren Reformen

3

IM FOKUS

EU-Batterien-Allianz

EU-Kommission will Zukunftstechnologie mit 200 Mio Euro fördern

5

Sahel-Zone

Hilfen für die Region weiter aufgestockt

6

STREIT ÜBER POLENS RECHTSSYSTEM

„Echter Dialog“ ist in Gang gekommen

Seit die neue Regierung unter Ministerpräsident Mateusz Morawiecki im Amt ist, sieht die EU-Kommission einige positive Entwicklungen im Streit mit Polen über Justizreformen. „Wir haben jetzt einen echten Dialog, aber ein Dialog ist nur nützlich, wenn er konkrete Ergebnisse bringt“, sagte der Erste Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans. Bis zum 20. März soll Warschau auf ein viertes Bündel von Empfehlungen zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit reagieren. Warschau habe eine baldige Antwort angekündigt, so Timmermans.

Jedes Land habe das Recht, sein Justizsystem zu reformieren. Aber das „kann niemals Entschuldigung dafür sein, die politische Kontrolle über die Justiz auszuweiten“, sagte er. Die Europa- und Außenminister der EU hätten sich bei einem Ratstreffen „nachdrücklich“ hinter die Bemühungen der EU-Kommission gestellt, die Unabhängigkeit der Justiz in Polen zu sichern.

Verteidigung des Rechtsstaats in Polen



Empfehlungen zum Löschen illegaler Internetinhalte hat die EU-Kommission präsentiert (v.l.: Vizepräsident Ansip, Justizkommissarin Jourová, Sicherheitskommissar King und Digitalkommissarin Gabriel).

ILLEGALE ONLINE-INHALTE

Terrorpropaganda soll rascher gelöscht werden

Wenn Facebook, Twitter oder andere Internetplattformen Hinweise bekommen, dass terroristische Organisationen über ihre Kanäle Botschaften oder Propaganda verbreiten, sollen sie diese Inhalte innerhalb einer Stunde löschen. Das ist eine der Kernempfehlungen, die die EU-Kommission jetzt an Internetunternehmen gerichtet hat.

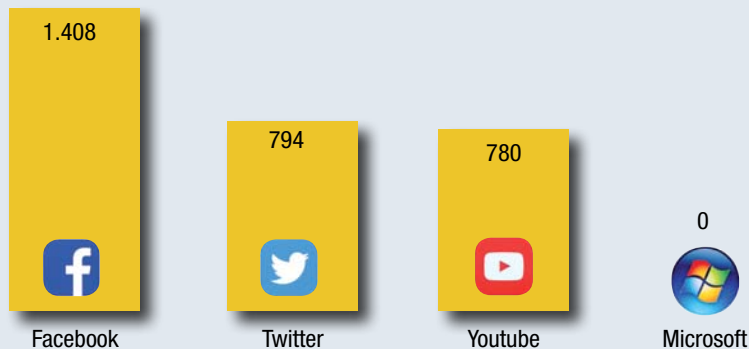
> Besonderer Schwerpunkt ist dabei der Kampf gegen Terroristen und Botschaften, die Menschen radikalisieren sollen. Weitere Empfehlungen beziehen sich auf das Löschen anderer illegaler Inhalte wie etwa Kinderpornographie, fremdenfeindliche Äußerungen, Verstöße gegen das Urheberrecht oder den Vertrieb gefälschter Produkte.

Die Verbreitung illegaler Inhalte untergrabe das Vertrauen der Bürger in das Internet und gefährde ihre Sicherheit, begründete die Kommission die Empfehlungen, mit denen sie ihre im September vorgelegte Strategie zum Vorgehen gegen illegale Inhalte konkretisiert. „Online-Plattformen werden zu den Hauptwegen der Menschen zu Informationen, deshalb sind sie verantwortlich dafür, eine si-

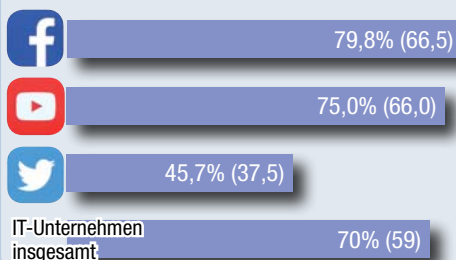
chere Umgebung für ihre Nutzer zu schaffen“, sagte der für den Digitalen Binnenmarkt verantwortliche Vizepräsident der EU-Kommission Andrus Ansip. Das bereits eingerichtete EU-Forum zu terroristischen Inhalten im Web, der Verhaltenskodex zum Vorgehen gegen Hassbotschaften und die freiwillige Vereinbarung zur Bekämpfung des Verkaufs gefälschter Produkte hätten bereits Fortschritte gebracht. Die Internet-Plattformen müssten ihre Anstrengungen aber noch deutlich verstärken. Besonders die Botschaften von Terroristen müssten rascher eliminiert werden, denn sie verbreiteten sich in den ersten Stunden nach ihrer Veröffentlichung am schnellsten und richteten den größten Schaden an. „Was offline illegal ist, ist auch online illegal“, betonte Ansip. >>

LÖSCHUNG VON MONIERTEN INHALTEN DURCH INTERNETFIRMEN

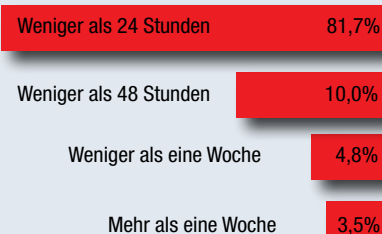
Zahl von bei großen Internetfirmen angezeigten Fällen von „Hasspropaganda“ aus 27 EU-Staaten (6. November bis 15. Dezember 2017)



Anteil der gelöschten Inhalte in Prozent
Dezember 2017 (Mai 2017)



Dauer für das Löschen der monierten Inhalte
Dezember 2017



Bilder: rvlsoft/Shutterstock.com; tanuha2001/Shutterstock.com

Quelle: EU-Kommission

etwa von Kinderschutzorganisationen, Verbraucherschützern oder anderer professioneller Einrichtungen, vorrangig behandelt werden.

Um die Grundrechte zu schützen und sicherzustellen, dass Entscheidungen über die Entfernung von Inhalten fundiert sind, sollten die Unternehmen beim Einsatz automatisierter Werkzeuge eine Aufsicht durch Menschen einführen. Zudem müssten die betroffenen Anbieter informiert werden und die Möglichkeit haben, Einspruch einzulegen, lautet eine Empfehlung. Über die Umsetzung der Ratschläge sollen die Mitgliedstaaten der Kommission regelmäßig berichten.

Deutschland hat gesetzliche Regelung

Zur Zeit ist die Lage in den EU-Staaten unterschiedlich. Rund zwei Drittel der Mitgliedstaaten hätten inzwischen eine Kontaktstelle für den Umgang mit Online-Hetze eingerichtet, teilte EU-Justizkommissarin Věra Jourová im Januar mit. In Deutschland ist der Verein Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM) e.V. aktiv am Kampf gegen illegale Online-Inhalte beteiligt. Deutschland ist laut Jourová das einzige EU-Land, das auch gesetzlich gegen Hetzparolen im Internet vorgeht. Das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist im vergangenen Oktober in Kraft getreten.

>> „Während einige Plattformen mehr illegale Inhalte löschen als je zuvor – und damit beweisen, dass Selbst-Regulierung funktionieren kann – müssen wir noch schneller gegen terroristische Propaganda und andere illegale Internet-Inhalte vorgehen, die eine ernste Bedrohung der Sicherheit und Grundrechte unserer Bürger darstellen“, sagte er. Die Kommission werde die Umsetzung der Empfehlungen durch Unternehmen und Mitgliedstaaten beobachten und dann entscheiden, ob sie den gewünschten Erfolg hätten, oder ob weitergehende gesetzliche Regelungen notwendig seien.

Als terroristische Inhalte sieht die Kommission Botschaften von durch die Vereinten Nationen oder die EU gelisteten Terrororganisationen an. Außerdem Inhalte, die Menschen radikalisieren, neue Mitglieder für Terrornetzwerke werben oder zu Spenden für solche Organisationen aufrufen oder die dazu dienen, Anschläge vorzubereiten, auszulösen oder die Anleitungen dazu geben. Die EU-Staaten sollen dafür sorgen, dass ihre zuständigen Stellen gut genug ausgerüstet sind, um solche Inhalte zu entdecken und den Internet-Plattformen Hinweise zu geben, ebenso wie das Europal tut.

Bewährte Methoden miteinander teilen

Die Unternehmen sollen auch selbst für Beobachtung sorgen und dabei auch Programme entwickeln, die das Web automatisch durchkämmen. Bewährte Verfahren sollen untereinander ausgetauscht und auch kleineren Plattformen zur Verfügung gestellt werden, die keine personellen, finanziellen und technischen Ressourcen haben, um eigene Beobachtungssysteme zu entwickeln. Die kleineren Plattformen würden zunehmend für die Verbreitung illegaler Inhalte missbraucht, besonders von Terrororganisationen, so die Kommission.

Die Online-Plattformen sollen ihre Verfahren weiter verbessern, mit denen Nutzer verdächtige Inhalte anzeigen können, empfiehlt die Kommission. Bei YouTube haben nach Unternehmensangaben seit 2006 über 90 Millionen Menschen Videos gemeldet, deren Inhalte sie für illegal halten. Die Kommission empfiehlt etwa Verfahren, um die Inhalte, bei denen es nicht auf den Kontext ankommt – beispielweise kinderpornographisches Material oder Angebote gefälschter Produkte – noch rascher aus dem Netz zu nehmen. Ebenso sollten Meldungen bestimmter „vertrauenswürdiger Hinweisgeber“,

Die Bundesregierung stimmt der EU-Kommission aber zu, dass die Wirkung von Selbstkontrolle „erst bewertet werden muss, bevor über die Erforderlichkeit eventueller zusätzlicher rechtlicher Maßnahmen entschieden werden kann“. Es sei notwendig, dass Plattformen „nach Hinweis auf Rechtsverletzungen angemessenen Handlungsdruck erfahren“, antwortet die Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken. (frh) >

Maßnahmen gegen illegale Online-Inhalte

Alternative Botschaften

Terror-Propaganda im Internet einzuschränken, ist nur ein Bestandteil der EU-Politik. Gleichzeitig sollen auch vertrauenswürdige Stimmen gestärkt werden, die Hass und radikalen Ansichten versöhnliche und positive Botschaften entgegensetzen. Die EU unterstützt über das EU Internet Forum zivilgesellschaftliche Organisationen, die alternative Botschaften verbreiten, finanziell und auf anderen Wegen.

POTENZIELLE NEUE EU-STAATEN

Juncker ermuntert Westbalkanländer zu weiteren Reformen

Wenn die Westbalkanstaaten an ihrem Reformkurs festhalten und noch existierende Konflikte mit Nachbarn ausräumen, könnte eine Aufnahme in die Europäische Union in greifbare Nähe rücken. Mit dieser Botschaft bereiste EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die sechs Länder Albanien, Kosovo, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (Fyrom), denen die EU 2003 eine Beitrittsperspektive eröffnet hat. „Ich war immer der Meinung, dass die EU ohne den Westbalkan und umso mehr ohne Serbien nicht vollständig ist“, sagte Juncker beim Treffen mit Serbiens Präsident Aleksandar Vučić (Foto).

Laut der Anfang Februar vorgelegten Westbalkanstrategie der Kommission könnten die nächsten EU-Beitritte 2025 möglich sein, und Serbien und Montenegro sind diesem Ziel derzeit am nächsten. Juncker betonte

allerdings, das Datum sei kein Versprechen, sondern eine Perspektive, „eine starke Ermutigung“. Wann Beitritte möglich sind, hänge allein von der Entwicklung in den einzelnen Ländern ab. Etwa von der wirtschaftlichen Entwicklung und vom Aufbau eines soliden Rechtssystems und Erfolgen im Kampf gegen Kriminalität und Korruption. Juncker erinnerte auch daran, dass schwelende Konflikte gelöst werden müssen, etwa in den Beziehungen zwischen Serbien, Kosovo und Albanien oder der Streit zwischen Fyrom und Griechenland über den Namen „Mazedonien“. „Wir werden keine bilateralen Konflikte importieren“, betonte Juncker.

■ [Westbalkan-Strategie](#)



SCHLÜSSELPOSITIONEN NEU BESETZT

Junckers Kabinettschef wird Kommissions-Generalsekretär

Martin Selmayr, der bisherige Kabinettschef von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, wird ab dem 1. März neuer Generalsekretär der Institution. Auch andere wichtige Schlüsselpositionen wurden neu besetzt. Selmayr löst den Niederländer Alexander Italianer ab, der um seine Ablösung gebeten hatte und aus der Kommission ausscheidet. Juncker begründete die Personalie damit, dass der Betrieb in der noch 20 Monate amtierenden Kommission reibungslos weitergehen solle und Selmayr dafür der Garant sei. „Er weiß einfach Bescheid“, sagte der Kommissionspräsident.

Das Generalsekretariat ist direkt dem Kommissionspräsidenten unterstellt, für die strategische Ausrichtung der Kommissionspolitik zuständig und Schnittstelle zwischen Kommission und den anderen EU-Organen und Einrichtungen. Die Amtszeit des Generalsekretärs ist nicht an den Fünfjahres-Zyklus der Kommission gebunden. Selmayr ist seit 1958 erst der siebte Beamte und zugleich der erste Deutsche, der diesen Posten übernimmt. Zur neuen Kabinettschefin Junckers wurde Selmayrs bisherige Stellvertreterin, die Spanierin Clara Martinez Alberola, ernannt. Weiter wurden fünf neue Generaldirektoren und fünf neue stellvertretende Generaldirektoren ernannt. Sechs der Posten wurden mit Frauen besetzt.

■ [Neuer Generalsekretär ernannt](#)

SONDERPREIS DER EU-KOMMISSION

Schülerzeitungen aus NRW und Berlin gewinnen Europa-Preis

Das „LindenBlatt“ aus Berlin und die digitale Schülerzeitung „standpunkt“ aus Mönchengladbach bekommen von der EU-Kommission den diesjährigen Europa-Preis für Schülerzeitungen. Es handelt sich dabei um einen Sonderpreis beim größten deutschen Schülerzeitungswettbewerb. „Beiden Schülerzeitungen ist es gelungen, Europa und europäische Themen vielfältig und zielgruppengerecht auf einem sehr guten journalistischen Niveau aufzubereiten“, würdigte Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland, die Preisträger.

Das „LindenBlatt“ der Lindenhof-Grundschule hat seine gesamte Ausgabe dem Thema „Europa“ gewidmet. Die jungen Redakteure erzählen die Geschichte der griechischen Sagenfigur Europa, stellen ihren Lesern mehrere europäische Länder vor und informieren sie über den Euro. Sehr bewegend ist ihr Interview mit zwei syrischen Mitschülern. „standpunkt“ ist eine professionell gestaltete Online-Schülerzeitung, deren Beiträge auch über soziale Medien weiterverbreitet werden. Zum Thema Europa gibt es etwa ein Interview mit einem Landtagsabgeordneten, die Initiative „Pulse of Europe“ und Projekte der Gesamtschule Hardt in Polen werden vorgestellt. Die beiden Schülerzeitungen erhalten je 500 Euro und werden im Juni nach Berlin eingeladen.

■ [Preis für Schülerzeitungen](#)

BREXIT-VERHANDLUNGEN

Barnier präsentiert Entwurf für Austrittsvertrag

Auch 13 Monate vor dem geplanten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU sieht EU-Chefunterhändler Michel Barnier noch „zu viele“ Meinungsunterschiede mit London. Dazu gehören etwa die Rechte der in einer Übergangsphase nach Großbritannien zugezogenen EU-Bürger und die Anerkennung von in der Übergangsphase erlassenen EU-Vorschriften auf der Insel. „Wenn wir die Verhandlungen zu einem Erfolg führen wollen, müssen wir schneller werden“, sagte er bei der Vorstellung eines Textentwurfs zu einem Austrittsvertrag. Darin seien die mit der britischen Regierung im Dezember vereinbarten Verpflichtungen in rechtliche Form gegossen und bei bisher ungeklärten Fragen die Positionen der EU aufgeführt.

Zu dem besonders strittigen Punkt der Nordirland-Frage enthält der Textentwurf ein Protokoll. Darin wird als Option zur Vermeidung einer harten Grenze auf der irischen Insel genannt, dass Nordirland auch nach dem Brexit weiter die Regeln des Binnenmarkts und der Zollunion befolgt. Das sei die gemeinsam vereinbarte Notfalllösung, falls keine andere gefunden werde, sagte Barnier. Der Vertragsentwurf wird zunächst dem EU-Ministerrat und dem Europäischen Parlament zur Erörterung vorgelegt, bevor er nach London übermittelt wird.

■ [Entwurf des Austrittsabkommens](#)

Konstruktive Diskussion über Zeit nach dem Brexit hat begonnen



Gespräche über die Zukunft Europas: Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Bundeskanzlerin Angela Merkel beim EU-Gipfel.

> Natürlich gebe es immer unterschiedliche Ansichten über die richtige Haushaltsstruktur, aber die EU-Chefs seien die Diskussion „unvoreingenommen angegangen, statt rote Linien zu ziehen“, sagte Tusk. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärte, es seien weniger mögliche Konflikte zutage getreten, als erwartet. Ziemlich viele Staats- und Regierungschefs hätten gesagt, dass sie bereit seien, künftig mehr zum EU-Haushalt beizutragen. „14 oder 15 haben sich in diesem Sinn geäußert“, so Juncker. Alle Staaten wollten etwa den Schutz der EU-Außengrenzen weiter verstärken. In den kommenden Monaten müsse diskutiert werden, was genau gewünscht werde. Wenn mehr europäische Grenzbeamte eingesetzt werden sollten, werde das mehr kosten.

Neue Prioritäten im Haushalt nötig

Im nächsten mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) wird die EU nicht nur neue Gemeinschaftsaufgaben finanzieren, sondern auch den wegfallenden britischen Beitrag zum Haushalt ersetzen müssen. Juncker sagte, deswegen müsse es auch Kürzungen geben, etwa bei den Mitteln für Landwirtschaft und Regionalentwicklung, die zusammen etwa 70 Prozent des EU-Haushalts ausmachen. Nehme man hier nichts weg, „dann müssten wir bei den anderen Politiken um 45 Prozent kürzen“, sagte Juncker.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, über die Bedeutung etwa von Forschung, Investitionen, Entwicklung künstlicher Intelligenz im Digitalzeitalter oder der Verantwortung für Afrika habe

es ein „hohes Maß an Übereinstimmung“ gegeben. Zum Vorschlag von Merkel, die Auszahlung von EU-Geld an bestimmte Bedingungen zu knüpfen, etwa an Anstrengungen zur Integration von Flüchtlingen „habe ich nur positive Reaktionen gehört“, sagte Tusk. Merkel sagte, man müsse da nicht nur an Sanktionen denken, auch das Gegenteil sei vorstellbar. „Integration kann von einigen Ländern mehr und von einigen weniger geleistet werden“ und das könne auch im EU-Haushalt berücksichtigt werden, erklärte die Kanzlerin.

Europaparlament wird kleiner

Bei dem Gipfeltreffen ging es auch um Veränderungen in den EU-Institutionen. Die Staats- und Regierungschefs stimmten dem Vorschlag des Europäischen Parlaments zu, 27 der 73 dort nach dem Brexit frei werdenden Sitze auf Mitgliedstaaten umzuverteilen, die bisher unterrepräsentiert sind. Bei der nächsten EP-Wahl im Frühjahr 2019 sollen die Abgeordneten weiter über nationale Listen gewählt werden. Mit Vorschlägen, Europaabgeordnete auch über transnationale Listen zu wählen, wollen sich die Gipfelteilnehmer erst in fernerer Zukunft wieder befassen.

Juncker erinnerte die Staats- und Regierungschefs daran, dass im EU-Vertrag vorgesehen ist, nur noch aus zwei Drittel der Mitgliedstaaten eine EU-Kommissarin oder einen Kommissar zu stellen. Die einstimmig beschlossene Ausnahmeregelung, dass weiterhin jedes Land repräsentiert sein soll, stehe vor Amtsantritt der

Die EU-Staaten wollen nach 2020 mehr Geld in Vorhaben investieren, die für alle gemeinsam eine große Bedeutung haben. So sollen die Ausgaben zur Eindämmung illegaler Migration, für Sicherheit und Verteidigung oder für das beliebte EU-Austauschprogramm Erasmus+ steigen, auch wenn die EU durch den Austritt des Vereinigten Königreiches kleiner wird. Darin seien sich alle einig, sagte Donald Tusk, der Präsident des Europäischen Rates, nach einem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs, bei dem diese zum ersten Mal über die mehrjährige EU-Haushaltsplanung ab 2021 sprachen. Die EU-Kommission hatte dafür eine Berechnung der Kosten verschiedener politischer Optionen vorgelegt.

nächsten EU-Kommission 2019 zur Überarbeitung an, so Juncker.

Nach Ansicht der Kommission und des Europäischen Parlaments muss auch der nächste Kommissionspräsident jemand sein, der als Spitzenkandidat einer Parteienfamilie in den Europawahlkampf gezogen ist. Das Parlament hat angekündigt, keinen anderen Bewerber zu wählen. Die Staats- und Regierungschefs betonten aber ihr im EU-Vertrag festgelegtes Vorschlagsrecht. Merkel erklärte, man könne nicht einfach den Spitzenkandidaten mit den meisten Stimmen nehmen, da man nicht wisse, ob der im Europaparlament auch eine Mehrheit hinter sich bringen kann. „Aber wir kennen die Vertragslage und wissen, dass es eine Übereinstimmung mit dem Parlament geben muss“, sagte Merkel weiter. (frh) >

Informelle Tagung der EU-Führungsspitzen

Bürgerdialoge

Die Gipfelteilnehmer unterstützten die Idee, viel mehr mit den Bürgerinnen und Bürgern über EU-Politik zu diskutieren. Die EU-Kommission hat bereits gut 450 Bürgerdialoge organisiert. Bundeskanzlerin Merkel äußerte die Erwartung, dass auch Staats- und Regierungschefs sich solchen Debatten stellen. Bei einem Gipfeltreffen Ende des Jahres sollten die Ergebnisse der Bürgerdialoge diskutiert und „Schlussfolgerungen für unsere Arbeit gezogen werden“, sagte Merkel.

BEDEUTENDE ZUKUNFTSTECHNOLOGIE

EU will bei der Entwicklung von Batterien vorn dabei sein

Zahlreiche EU-Unternehmen und Forschungseinrichtungen wollen zusammenarbeiten, um so schnell wie möglich ausreichende Produktionskapazitäten für moderne Batterien in der EU aufzubauen. Die von der EU-Kommission initiierte „EU-Batterien-Allianz“ legte bei den „Europäischen Industrietagen“ einen Plan mit 20 prioritären Vorhaben vor. Unter anderem sind Konsortien für die Produktion geplant und die Festlegung von Umwelt- und Sicherheitsstandards. Die Kommission kündigte zur Unterstützung dieser Zukunftstechnologie unter anderem ein Förderprogramm bis 2020 an, das ein Volumen von 200 Mio. Euro haben soll.



Die EU möchte ihren Bedarf an modernen Batterien für die Industrie stärker aus eigener Produktion decken können.

> Der Wert des Batteriemarktes in der EU könnte sich bis 2025 um das Vier- bis Zehnfache auf jährlich 250 Mrd. Euro erhöhen, meint der für die Energieunion zuständige Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič. Dafür müssten aber zehn bis 20 Gigafabriken gebaut werden, was etwa 20 Mrd. Euro an Investitionen notwendig mache, sagte er. Das sei viel, aber mit Hilfe privater Investoren nicht unmöglich zu erreichen, wie der Erfolg der EU-Investitionsinitiative mit dem Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) im Zentrum beweise.

„Batterien sind das Herz der gerade stattfindenden neuen industriellen Revolution“, hatte Šefčovič im Oktober gesagt, als er den Startschuss für die Batterien-Allianz gab. Ihre Weiterentwicklung und Produktion innerhalb Europas ist nach Meinung vieler Unternehmen und Politiker in der EU entscheidend für den Aufbau einer umweltfreundlichen Energieversorgung, für Elektromobilität und die Digitalisierung der Industrie. „Unser Ziel für das Bündnis ist einfach, aber die Herausforderung gewaltig. Wir wollen, fast von Grund auf, eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Herstellung von Batteriezellen in Europa schaffen“, sagte Šefčovič.

Vorreiterprojekte für Gigafabriken

Als Vorreiterprojekt soll der Bau einer Gigafabrik für Batterien in Nordschweden durch Northvolt und ABB gefördert werden. Sie soll bis 2020 eine Jahresproduktion von 8 GWh Leistung und bis 2023 von 32 GWh hervorbringen. Eine Finanzierungszusage der Europäischen In-

vestitionsbank über 52,6 Mio. Euro wurde bei den Industrietagen unterzeichnet. Als Projekt in Deutschland hatte Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, bei einem jüngsten Treffen der Batterien-Allianz das im Mai in Frankfurt gegründete Unternehmen TerraE genannt. Ziel ist hier eine Jahresproduktion von 34 GWh bis 2028.

Machnig unterstrich die Dringlichkeit einer eigenständigen Batterieproduktion in der EU. Die EU-Automobilindustrie sei weltweit führend wegen ihrer dominierenden Stellung bei der Produktion von Verbrennungsmotoren. Bei Elektrofahrzeugen seien die Batterien die Schlüsselkomponenten. Angesichts der globalen Wettbewerbssituation wären die Europäer daher „blind oder sogar naiv“, wenn sie Batterien als normalen Rohstoff betrachten würden, der überall und jederzeit zu haben ist. „Wir haben es in der Vergangenheit verpasst, in die Batterie-Branche zu investieren, weshalb derzeit Technologien und Bat-

terien aus dem asiatischen Raum importiert werden“, sagte der CDU-Europaabgeordnete Karl-Heinz Florenz.

Preis für E-Auto-Batterien ausgesetzt

Ein Problem für potenzielle Investoren ist es, dass bei der Batterieentwicklung nicht klar ist, was der nächste Schritt nach der derzeit vorherrschenden Lithium-Ionen-Technologie sein wird. Um die technologische Entwicklung voranzutreiben, hat die Kommission jetzt auch einen Innovationspreis ausgeschrieben. 10 Mio. Euro gibt es für den, der „sichere und nachhaltige“ Batterien für Elektrofahrzeuge entwickelt, die vergleichbar weite Fahrten erlauben wie Autos mit Verbrennungsmotoren und die in der gleichen Zeit aufgeladen werden können, in der Lkw betankt werden. Der Wettbewerb sei hart, sagte EU-Forschungskommissar Carlos Moedas. „Lassen Sie uns mit diesem Preis auf das Gaspedal treten.“

Die Idee der EU-Industrietage sei es, die europäische Industrie im engen Austausch zwischen Unternehmen und Politik innovativer und wettbewerbsfähiger zu machen und so für die Herausforderungen durch Globalisierung und Digitalisierung zu rüsten, sagte EU-Industriekommissarin Elzbieta Bieńkowska. Dazu gehöre auch, die Menschen in Europa durch die richtige Aus- und Fortbildung für die Arbeitsplätze der Zukunft fit zu machen. „Die Zukunft muss durch die Menschen gestaltet werden“, sagte Bieńkowska. (frh) >

EU fördert Forschung und Entwicklung

Forscher arbeiten über Grenzen hinweg daran, die Schlüsseltechnologien der Zukunft zu entwickeln. Dabei geht es zum Beispiel um Materialforschung, Biotechnologie, Hochleistungscomputer, Nano-Elektronik oder künstliche Intelligenz. Die EU fördert Forschung und Entwicklung etwa über ihr siebenjähriges Programm „Horizont 2020“ mit 6 Mrd. Euro.

■ [Die EU-Batterieallianz](#)

EU will die Sahel-Zone stabilisieren und ihre eigene Sicherheit verbessern



Die EU ist der weltweit größte Geldgeber für Entwicklungsprojekte in der Sahel-Zone. Dabei geht es zum Beispiel um bessere Wasserversorgung.

> Die Länder der Sahel-Zone haben mit einer Reihe großer Probleme zu kämpfen. Die immer wieder auftretenden Dürren tragen dazu bei, dass es nicht genügend Nahrungsmittel und Unterernährung gibt. Viele Menschen sind extrem arm. Dazu kommen bewaffnete Konflikte, Terrorismus und organisierte Kriminalität. Das hat 5 Millionen Menschen zur Flucht getrieben, im Heimatland oder über Grenzen. 2014 haben sich mit Burkina Faso, Tschad, Mali, Mauretanien und Niger fünf der sieben Sahel-Länder zur Gruppe „G5 Sahel“ zusammengeschlossen, um die gemeinsamen Herausforderungen in engerer Zusammenarbeit anzugehen. Die Europäische Union unterstützt sie dabei auf verschiedenen Wegen:

- > Durch politische Partnerschaften.
- > Durch Humanitäre Hilfe und die Unterstützung von Entwicklungsprojekten. Die EU ist hier der größte internationale Geber und hat von 2014 bis 2020 insgesamt 8 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.

Sahel-Zone

Als Sahel-Zone wird das große Übergangsbereich zwischen Sahara und Savannenland bezeichnet, das sich in Afrika vom Atlantik bis zum Roten Meer erstreckt. Es ist durch ein labiles Ökosystem gekennzeichnet, die Niederschläge sind sehr unregelmäßig und es gibt eine große Anfälligkeit für Dürren. Zu den Sahel-Staaten werden die sieben Länder Senegal, Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger, Tschad und Sudan gezählt.

> Durch Unterstützung bei der Verbesserung der Sicherheit in den Ländern. Mit 50 Mio. Euro wurde bisher die gemeinsame Eingreiftruppe der „G5“ unterstützt, die etwa die Grenzen sichern sowie Terroristen und kriminelle Banden bekämpfen soll. Außerdem gibt es drei militärische und Sicherheits-Missionen der EU in Niger und Mali.

Mittel für G5-Eingreiftruppe verdoppelt

Bei der Konferenz verdoppelte die EU ihre Unterstützung für die Eingreiftruppe auf 100 Mio. Euro. Damit solle erreicht werden, dass sie ab März voll einsatzfähig sei, sagte Mogherini. Das Budget für ein Jahr ist gesichert. Langfristig streben die G5 an, die Truppe zu einer Brigade der UN-Militärmission Minusma zu machen und dadurch zu finanzieren. Minusma geht im Norden Malis gegen islamistische Terroristen vor. Neben der finanziellen Unterstützung hat die EU für die G5-Eingreiftruppe ein Koordinierungszentrum eingerichtet, das die Hilfsangebote von Gebern sammelt und mit einer Liste dessen abgleicht, was die Eingreiftruppe braucht.

EU-Sicherheitskräfte sind in der Region im Rahmen von drei Missionen im Einsatz. Bei EUCAP Sahel Niger und EUCAP Sahel Mali geht es darum, Polizisten, Gendarmen, Nationalgarden und auch Teile der Armee auszubilden und zu beraten. Ziel ist es, die Sicherheit und die Rechtsstaatlichkeit in den zwei Ländern zu verbessern. In Agadez in Niger hat die EU-Mission ein permanentes Büro eröffnet, von wo aus etwa gegen Schleuser vorgegangen wird,

Für die Sicherheit und Entwicklung in der Sahel-Zone stellt die internationale Gemeinschaft weitere 414 Mio. Euro bereit, 176 Mio. Euro davon kommen aus der EU. Diese Summe wurde bei einer von der EU-Kommission organisierten Konferenz mobilisiert, an der 32 Staats- und Regierungschefs sowie Vertreter aus rund 60 europäischen, afrikanischen und anderen Ländern teilnahmen. Gastgeberin Federica Mogherini, EU-Außenbeauftragte und Kommissionsvizepräsidentin, sagte, die Bedeutung der Sahel-Zone reiche weit über die Region hinaus. Die EU unterstütze die Region auch im eigenen Interesse, denn die dortigen Probleme mit Drogen-, Waffen-, Menschenhandel, illegaler Migration und Terrorismus „zeigen Auswirkungen bis auf unseren Kontinent“, so Mogherini.

die Migranten von Agadez weiter nach Norden bringen, Richtung Europa.

In Mali gibt es außerdem die militärische Trainingsmission EUTM, die Malis Behörden beim Neuaufbau der Armee und der Erarbeitung eines Verteidigungsprogramms unterstützt. In Mali kam es 2012 nach einem Militärputsch zu einer schweren politischen und Sicherheitskrise. Die EU unterstützt auch das danach aufgelegte Programm für Frieden und Versöhnung.

Keine Sicherheit ohne Entwicklung

Bei der Entwicklungszusammenarbeit ist die EU etwa in der 2017 gegründeten „Allianz für Sahel“ aktiv. Neben den EU-Institutionen sind dort auch die Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien Mitglied, das UN-Entwicklungsprogramm UNDP, die Afrikanische Entwicklungsbank und die Weltbank vertreten. „Es gibt keine wirkliche Sicherheit ohne soziale und wirtschaftliche Entwicklung, das heißt ohne Chancen für junge Leute und Frauen in der Region“, sagte Mogherini.

Bundeskanzlerin Angela Merkel kündigte an, Deutschland werde den Sahel-Staaten bis 2020 etwa 1,7 Mrd. Euro Entwicklungshilfe zahlen. „Ganz Europa ist jetzt engagiert und ich glaube, das wird seine Wirkung zeigen“, erklärte sie in Brüssel. Erste Erfolge gebe es im Kampf gegen illegale Migration, die man nicht erst in Libyen stoppen könne. (frh) >

■ EU mobilisiert Hilfen für Sahel-Zone

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 06.03.2018 19.00–21.00 Uhr	„Europa und die Demokratie. Wie demokratisch ist die Europäische Union?“ Vortrag und Diskussion Veranstalter: Europa-Union Hessen e.V.	Stadhalle Kronberg Berliner Platz 61476 Kronberg	www.europa-union-hessen.de/
> 08.03..xx.2018 18.00–20.30 Uhr	„Brexit in Sicht? Halbzeit im Austrittsverfahren des Vereinigten Königreichs“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europäisches Informations-Zentrum (EIZ) Niedersachsen	Restaurant „Zeitfür“ im Niedersächsischen Landtag Hannah-Arendt-Platz 1 30159 Hannover	www.eiz-niedersachsen.de/ brexit-in-sicht-halbzeit-im- austrittsverfahren-des-verei- nigten-koenigreiches/
> 08.03.2018 19.00–20.30 Uhr	„Was bringt uns die EU? Diskutieren Sie mit!“ Informations- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Köln	VHS im Bezirksrathaus Mülheim Wiener Platz 2a 51065 Köln	www.europatermine.de/ termine/datum/2018/ maerz/8/termin/einzel/ was_bringt_uns_die_eu_dis- kutieren_sie_mit.html
> 13.03.2018 17.30–20.00 Uhr	„Europäische Energiepolitik vor Ort: Windenergie und Netzausbau“ Seminar Veranstalter: Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages	Gaststätte Erichsen Hauptstraße 15 25860 Horstedt	www.europa-union-sh.de/
> 16.03.2018 11.00–12.30 Uhr	„Warum Fliegen sicher ist“ Besuch der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Köln	Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) Konrad-Adenauer-Ufer 3 50668 Köln	www.ize-koeln.de/ de/component/jem/ event/306-warum-fliegen- sicher-ist-besuch-der- europaeischen-agentur-fuer- flugsicherheit-easa.html
> 16.03.2018 19.00 Uhr	„Europäischer Salon. Gastland Bulgarien“ Kulturelle Veranstaltung Veranstalter: Hessische Staatskanzlei	Hessische Staatskanzlei Georg-August-Zinn-Straße 1 65183 Wiesbaden	https://europanetzwerk. hessen.de/kalender/ europ%C3%A4ischer-salon Einlass nur mit Anmeldung unter: eu-veranstaltungen@ stk.hessen.de
> 16.03.2018 19.00–21.30 Uhr	„Polen – Mitgliedsland der EU und seine Beziehungen zu Deutschland und Rhein-Main“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union Landeshauptstadt Wiesbaden	Villa Clementine Wilhelmstraße 19 65189 Wiesbaden	www.europa-union-hessen. de/kreisverbaende/wiesba- den-rheingau-taunus/
> 17.03.2018 10.00–16.00 Uhr	„JuBi – Die JugendBildungsmesse in Erfurt“ Messe für Schüleraustausch, Sprachreisen, Praktika u.a. Veranstalter: weltweiser - Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	Evangelisches Ratsgymnasium Meister-Eckehart-Str. 1 99084 Erfurt	https://weltweiser.de/ messen/erfurt-schueleraus- tausch-thueringen/
> 17.03.2018 10.00–16.00 Uhr	„Auf in die Welt Messe“ Messe für Schüleraustausch, Sprachreisen, Praktika u.a. Veranstalter: Deutsche Stiftung Völkerverständigung	International School of Stuttgart Sigmaringer Straße 257 70597 Stuttgart	www.aufindiewelt.de/ messen/17032018-stuttgart/
> 19.03.2018 18.00–19.30 Uhr	„Für ein Europa ohne Diskriminierung und Homophobie“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Dresden	KUNSTRAUM Dresden Schützenplatz 1 01067 Dresden	http://europa-in-dresden.de/ de/europe-direct/edic/das- edic-dresden/

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2018

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holz-
herkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Vertretung in Deutschland



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwort-
lich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem
Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner
Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender
Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



„DAS KANN DER ELER“

Broschüre erklärt EU-Förderung ländlicher Räume



Zahlreiche Ballungsräume in Deutschland und der ganzen EU haben Probleme, den vielen Zuziehenden genügend Wohnraum und wichtige Infrastruktur bereitzustellen, während viele Dörfer und kleine Städte unter dem Wegzug junger Leute und dem Leerstand von Häusern und Geschäften leiden. Die Zukunft ländlicher Gebiete ist auf der politischen Agenda auch in Deutschland nach oben gerückt. Ein wichtiges Instrument zur Stärkung dieser Gebiete ist der Europäische Landwirtschaftsfonds für ländliche Entwicklung (ELER).

In der 52-seitigen Broschüre „Das kann der ELER“, herausgegeben von der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS), wird der Fonds einem breiten Publikum vorgestellt. Aufgegriffen werden etwa die Fragen: Warum gibt es in Deutschland ELER-Länderprogramme? Und was wird aus dem Fonds finanziert? 30 Projektbeispiele aus 13 Bundesländern zeigen, welche Schwerpunkte EU, Bund und Länder mit der Förderung aus dem ELER setzen. Die Broschüre kann im Internet heruntergeladen oder kostenlos bestellt werden.

■ [Zum Netzwerk Ländliche Räume](#)

BERATUNGSANGEBOT BEIM ZENTRUM FÜR EUROPÄISCHEN VERBRAUCHERSCHUTZ

Deutsch-französische Immobiliensprechstunde in Kehl

Ein Ferienhaus in Frankreich kaufen oder in eine Mietwohnung im Nachbarland investieren, das ist für viele Deutsche interessant. Besonders einfach scheint der Schritt für Bewohner der Grenzregion, etwa in Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz. Doch außer auf den Kaufpreis links und rechts des Rheins sollten Interessenten auch auf rechtliche und steuerliche Unterschiede zwischen den beiden Ländern achten, empfiehlt das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz (ZEV) in Kehl. Unerwartete Kosten könnten auftauchen, etwa die französische Wohnsteuer (taxe d'habitation), die man in Deutschland nicht kennt. Auch Faktoren wie die unterschiedliche Einkommenssteuer oder die steuerrechtlichen Folgen für die Lebensversicherung sollten bedacht werden.



Um Fragen individuell zu klären, bietet das ZEV an jedem zweiten Dienstag eine deutsch-französische Immobiliensprechstunde in Kehl an. Notare, Steuerberater und Rechtsanwälte aus beiden Ländern beantworten Fragen zu den Themen Kauf, Verkauf, Mieten und Vererben einer Immobilie.

■ [Immobilienprechstunde in Kehl](#)

EU-BEWERTUNGSVERFAHREN AUF DEM PRÜFSTAND

Vorschläge für mehr Transparenz im Lebensmittelrecht gefragt



Die Europäerinnen und Europäer sollten nach Ansicht der EU-Kommission künftig besser nachvollziehen können, wie bei der Zulassung von Pflanzenschutz-, Lebens- oder Futtermitteln Risiken für Menschen und Umwelt bewertet werden. Einen Gesetzesvorschlag zur Reform der Verfahren hat die Kommission für das Frühjahr angekündigt. Dabei steht auch das Vorgehen der EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA auf dem Prüfstand. Alle Interessierten können bis zum 20. März online ihre Meinung dazu äußern.

Die Konsultation ist auch eine Reaktion der Kommission auf die Europäische Bürgerinitiative gegen die Zulassungsverlängerung für den Herbizidwirkstoff Glyphosat. In dieser wurde mehr Transparenz bei wissenschaftlichen Studien gefordert.

■ [Öffentliche Konsultation zum Lebensmittelrecht](#)

VORBEREITUNG AUF DEN BREXIT

EU-Kommission gibt Hinweise zu Folgen für einzelne Branchen

Viele Unternehmen und andere Wirtschaftsteilnehmer warten gespannt auf genauere Informationen darüber, was nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU auf sie zukommt. Wie wird sich der Brexit für Finanzdienstleister oder die Autoindustrie auswirken, was kommt auf Unternehmen und Privatpassagiere im Luftverkehr zu, was auf Spediteure? In den Brexit-Verhandlungen ist noch vieles unklar, aber Dinge, die bekannt sind, veröffentlicht die EU-Kommission in technischen Mitteilungen für einzelne Wirtschaftssektoren im Internet. Nun hat sie diese Mitteilungen auf einer Webseite gebündelt.

Dort finden sich etwa Informationen, was nach dem Brexit auf die Abfallwirtschaft zukommen könnte oder auf Ratingagenturen. Neben anderen sind auf der Seite auch Mitteilungen zum Lebensmittelrecht, zum Handel mit Human- und Tierarzneimitteln, zur Tierzucht oder zu Änderungen bei öffentlichen Ausschreibungen abrufbar. In den Brexit-Verhandlungen geht es auch darum, die derzeitigen Regeln durch einen Übergangszeitraum noch bis Ende 2020 zu verlängern. Doch laut EU-Chefunterhändler Michel Barnier kann die Einigung auf einen solchen Übergangszeitraum noch „nicht als gegeben“ angesehen werden.

■ [Vorbereitung auf den Brexit](#)